HEUTE VOR 10 JAHREN.
LEIPZIGER MENSCHENRECHTSGRUPPEN 1989
Die Lage spitzt sich zu - Blatt 8: 2. Oktober 1999

Als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates befiehlt Erich Honecker am **26. September**, dem Tag nach der ersten Großdemonstration in Leipzig, mit Befehl 8/89 die Umstrukturierung der DDR im Raum Berlin unter „verdecktes Kriegsrecht". Die Berliner Einsatzleitungen stellen Führungsbereitschaft her. Egon Krenz erklärt, daß *„die VR China und die DDR die gleichen gesellschaftlichen Ziele verfolgen"*. Die Berichterstattung der Übereinstimmung mit China wird bis zum 9. Oktober fortgesetzt. Nachdem Rechtsanwalt Prof. Dr. Wolfgang Vogel den ausreisewilligen Flüchtlingen in der Prager Botschaft der Bundesrepublik ihre Ausreise binnen sechs Monaten versprochen hatte, kehren einige von ihnen nach Ostdeutschland zurück. Die Mehrheit lehnt das Angebot der ostdeutschen Führung jedoch ab und besteht auf ihrer Forderung nach direkter Ausreise in die Bundesrepublik. Die Berliner Koordinationsgruppe der Bittandachten für die Leipziger Verhafteten legt bei der Koordinierungsgruppe Fürbittandachten für die Inhaftierten in der Markuskirchgemeinde um die Initiativgruppe Leben und das Neues Forum *„Protest gegen die Art der Informationspolitik"* ein, weil diese *„von zum Teil inkompetenten Beauftragten oft unvollständige und falsche Informationen gegeben"* hatte. Die Gruppe Wolfspelz (Dresden) und die Initiative Demokratische Erneuerung - IDeE (Dresden) organisieren in der Dresdner Versöhnungskirche einen Protestgottesdienst für die Leipziger Inhaftierten und verabschieden eine Erklärung, in der es heißt:

„...Wir sind der Meinung, daß ein solches Vorgehen unseres Staates und seiner Exekutive gegen engagierte Bürger, vor allem in der jetzigen Situation unseres Landes, skandalös, unüberlegt und völlig fehl am Platze ist. Wir fordern ... das Einstellen aller Repressalien und Belästigungen der Teilnehmer des Leipziger Friedensgebetes !!"

Am **27. September** handelt Hans-Dietrich Genscher in New York am Rande der UNO-Vollversammlung mit den Außenministern Jaromir Johanes (CSSR) und Oskar Fischer (DDR) unter Vermittlung des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse die Ausreise der Prager und Warschauer Botschaftsflüchtlinge aus.

Eine außerordentliche Politbürositzung bestätigt am **29. September** die Vereinbarung mit Jaromir Johanes und Hans-Dietrich Genscher vom 27. September zur Ausreise der Botschaftsbesetzer. Im Ministerium des Innern wird entsprechend der Mobilmachungsplanung eine Bereitschaftsstufe ausgelöst.

In Ostberlin findet die Fürbittandacht für die Leipziger Inhaftierten im Rahmen einer Veranstaltung „Künstler in Aktion" statt. Im VEB Bergmann-Borsig Berlin wird ein Brief von 20 Personen an den FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch über die Situation abgesandt, der am 9. Oktober auch im Samisdat Telegraph öffentlich gemacht wird. In ihm heißt es:

„Stellvertretend für den überwiegenden Teil von 480 Gewerkschaftsmitgliedern wenden wir Vertrauensleute und AGL-Funktionäre ... uns mir diesem offenen Brief an Sie ... Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir Gewerkschaftsmitglieder die derzeitige politische Entwicklung in unserem Lande. Viele unserer Kollegen treten zunehmend kritisch auf und bekunden Befremden und Unzufriedenheit. Insbesondere stößt die offizielle Interpretation der politischen Realität und aktueller Geschehnisse durch die Massenmedien der DDR mehr als bisher auf Unverständnis ... In Diskussionen ist eine nahezu einhellige Ablehnung der Art und Weise festzustellen, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen tiefgreifende und die Werktätigen bewegende aktuelle politische Probleme abhandeln oder zum Teil verschweigen. ... Es trifft nicht im entferntesten die Überzeugung und Empfindungen der Mehrzahl unserer Kollegen, wenn die Medien nach peinlichem Schweigen nun den Versuch unternehmen, die Abkehr so vieler unserer Menschen ausschließlich als Machwerk des Klassengegners zu entlarven, bei dem diese DDR-Bürger nur Opfer oder Statisten sein sollen. ... Kollege Tisch, wir wenden uns an Sie, weil wir um die Entwicklung unseres Landes besorgt sind und nach Wegen suchen, weiteren Schaden abzuwenden. Wir erwarten von Ihnen, daß sie Ihre ganze Kraft und die Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einsetzen, um den öffentlichen Dialog über dringend notwendige Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzuleiten und durchzusetzen."

In Arnstadt versammeln sich am **30. September** gegen 14 Uhr nach einem Aufruf per Flugblatt 800 Personen auf dem Markt. Eine Person hält eine Rede über das Neue Forum. In der Prager Botschaft gibt Hans-Dietrich Genscher den mittlerweile mehreren tausend Ostdeutschen die Zusage der Ostberliner Führung zur Ausreise in bekannt. Mit Blick auf die große Zahl der gleichzeitig wegen versuchter Republikflucht (§ 213 StGB) inhaftierten Personen heißt es in einer Erklärung der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig von Anfang Oktober dazu:

„Es geht nicht an, daß Personen mit Billigung der DDR-Führung - nach den Gesetzen der DDR illegal - das Land über fremde Botschaften bzw. die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin verlassen dürfen und auf der anderen Seite Menschen, denen der ungesetzliche Grenzübertritt nicht gelang, zu Hunderten und vielleicht sogar zu Tausenden in DDR-Gefängnissen sitzen. Der Status der Gleichheit vor dem Gesetz muß wiederhergestellt werden. Dies darf jedoch nur im Sinne einer freizügigen Reise- und Ausreisegesetzgebung geschehen."

In Sonderzügen reisen am 1. Oktober mehrere tausend Flüchtlinge aus der Prager Botschaft und mehrere hundert aus der Warschauer Botschaft über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik aus. Mehrere tausend Ausreisewillige suchen sofort wieder Zuflucht in den Botschaften. Sie erhalten am 3. Oktober ihre Ausreiseerlaubnis und fahren mit einer zweiten Welle von Sonderzügen am 4./5. Oktober 1989 über das Territorium der DDR nach Westdeutschland. Am 5. Oktober reisen nochmals 633 Flüchtlinge aus der Warschauer Botschaft über das Territorium der DDR aus.

Am **1. Oktober** lösen die Ministerien für Nationale Verteidigung, für Staatssicherheit und das Innenministerium weitere Mobilmachungsstufen aus. Die territorialen Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen treten zu Beratungen zusammen und entfalten ihre Arbeits- und Führungsorgane. Die Bezirkseinsatzleitungen führen ab da die Sicherheitskräfte direkt. In

Leipzig beginnt eine Fastenaktion für die Inhaftierten. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte Susann Labitzke, Dietmar Motzer, Frank Richter und Kathrin Walther verfassen während der Tagung des Landesjugendkonventes Sachsen in Hormersdorf (30. September bis 1. Oktober) gemeinsam mit dessen Vorsitzenden Stefan Schöne eine >>**Erklärung**<< mit der sich der Landesjugendkonvent „solidarisch mit den Opfern staatlicher Gewalt" erklärt, die Freilassung der Inhaftierten fordert und die Jungen Gemeinden in Sachsen zur Fürbitte aufruft Der Text wird später in Leipzig auch während der Friedensgebete am 2. Oktober 1989 in der Nikolaikirche und in der Reformierten Kirche verlesen:

„Mit Empörung haben wir von Festnahmen und Inhaftierungen im Zusammenhang mit dem Friedensgebet in St. Nicolai-Johannis Leipzig gehört. Wir sind betroffen darüber und verurteilen es, daß Bürgerinnen und Bürger für die Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßig garantierten Grundrechte strafrechtlich verfolgt werden. Wir sehen in diesem Vorgehen den Versuch der Sicherheitskräfte, die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an friedlichen Versammlungen zu kriminalisieren und dadurch zu verhindern, sowie durch Einschüchterung freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Wir fordern die Freilassung aller in diesem Zusammenhang Inhaftierten, die Einstellung der gegen sie gerichteten Ermittlungsverfahren und die Aufhebung der verhängten Geld- und Haftstrafen. Der Landesjugendkonvent der ev.- luth. Landeskirche Sachsens erklärt sich mit den Opfern staatlicher Gewalt solidarisch und bittet die Jungen Gemeinden, die Betroffenen in ihre Fürbitte einzubeziehen."

In der Auferstehungskirche Dresden-Plauen nehmen 3 000 Personen an einem Gottesdienst gegen den Bau des Reinstsiliziumwerkes in Dresden-Gittersee teil. Der Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig) und die Arbeitsgruppe Menschenrechte beteiligen sich mit einem Samisdat-Stand an der Veranstaltung. Die Mitarbeiterin der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig und Sprecherin des Arbeitskreises Gerechtigkeit Kathrin Walther berichtet darüber:

„...Die Andacht begann mit einem Bericht über den Weg einer Sammeleingabe, die während der ökologischen Woche im Frühjahre diesen Jahres von ca. 600 Menschen unterzeichnet wurde. Auf die in ihr geäußerten Befürchtungen wurde von staatlicher Seite mit einem Antwortschreiben reagiert, in dem die Einhaltung neuester Sicherheitsbestimmungen und die daraus resultierende Unmöglichkeit eines größeren Unfalls garantiert wurde. Anschließend wurde von einem Mitglied des Ökologischen Arbeitskreises [der Dresdener Kirchenbezirke] *ganz ausführlich über die Gefahren informiert, die sich aus einem Bau des Werkes in Dresden-Gittersee ergeben. Bei einem Bau des Werkes in Nünchritz würden aber manche Gefährdungen wegfallen, schon aufgrund des in diesem Falle nicht erforderlichen Transportes. Außerdem würden sich die Aufwendungen in einem wesentlich kleineren Rahmen bewegen. ... Der diesen Sachinformationen folgende Forderungskatalog, der zum Beispiel eine Verlagerung des Baus nach Nünchritz enthielt, wurde immer wieder von starkem Beifall unterbrochen. Superintendent Christof Ziemer hielt dann eine Predigt, in der er darauf hinwies, daß das Aufdecken der Wahrheit allein noch nicht die Lösung beinhalte und daß die, die jetzt Mitbestimmung fordern, dann auch bereit sein müßten, sich an der Lösung der Probleme zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Er warnte vor unüberlegten und übereilten Schritten. Nach der Andacht gab eine Fragestunde Gelegenheit, sich näher zum geplanten Reinstsiliziumwerk zu informieren. Fragen, die nicht von den Vertretern des Ökologischen Arbeitskreises beantwortet werden konnten, wurden notiert, um sie mitzunehmen in das für den 18. Oktober angesetzte Gespräch zwischen sächsischer Kirchenleitung, Mitgliedern des Ökologischen Arbeitskreisesund staatlichen Vertretern."*

In Westberlin trifft sich am Abend der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW), Dietmar Ahrens, mit Valentin Falin und Wassili Smirnow, welche um eine „*Einschätzung der Situation in Westberlin*" gebeten hatten. Dietmar Ahrens berichtet über das Gespräch am 2. Oktober an den Abteilungsleiter für Internationale Politik und Wirtschaft im SED-Zentralkomitee, Gunter Rettner, nach Ostberlin:

„...Genosse Falin teilte mir dann mit, daß [Walter] *Momper ihm bei einem vorhergehenden Gespräch im Gästehaus des Senats gesagt habe, er habe davon gehört, daß im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR von republikfeindlichen Kräften aus dem Bezirk Leipzig ein massenhafter Grenzdurchbruch geplant sei. Näheres wüßte er nicht.* [Valentin] *Falins Sorge bestände darin, daß wegen der großen internationalen Aufmerksamkeit anläßlich des Jubiläums eine möglichst durchdachte Reaktion erfolgen solle. Da er noch am gleichen Abend weiterfliegen müsse, würde er* [den sowjetischen] *Botschafter* [in Ostberlin, Wjatscheslaw] *Kotschemassow informieren und ihn bitten, mit den Genossen in der DDR umgehend darüber zu reden."*

Am 3. Oktober setzt das zuständige SED-Politbüromitglied Hermann Axen in einer geheimen Hausmitteilung den SED-Chef Erich Honecker von der Information des Westberliner SEW-Chefs in Kenntnis.

In der Ostberliner Gethsemanekirche beginnt am **2. Oktober** um 16 Uhr eine Mahnwache für die Freilassung der Inhaftierten, die Einstellung der Ermittlungsverfahren und die Aufhebung der Strafbefehle. Die Mahnwächter erklären:

„...Auch die größte Fluchtwelle seit dem Mauerbau zeigt, daß die Abschottung eines Landes von politischen Veränderungen in Europa nicht möglich ist, denn ein Land, das sein konstruktives Potential einer starren, festgefahrenen Staatsräson opfert, verspielt die eigene Zukunft. ..."

In Leipzig berät die Bezirkseinsatzleitung Leipzig die Verhinderung der für den späten Nachmittag zu erwartenden Demonstration. Nach dem Friedensgebet der Arbeitsgruppe Umweltschutz kommt es in Leipzig gegen 18 Uhr zur zweiten Großdemonstration von diesmal 25 000 Personen.

Die Demonstranten singen „Give peace a chance", die „Internationale" und „We shall overcome". In Sprechchören skandieren sie: „Wir bleiben hier" (auf dem Nikolaikirchhof), „Wir gehen los" (Nikolaikirchhof), „Aussteigen, mitmachen" (bei Blockierung der Straßenbahnen), „Durchlassen", „Forum zulassen", „Freiheit", „Freiheit für die Gefangenen", „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", „Gorbatschow", „Gorbi", „Jetzt oder nie", „Knüppelpolizei" (bei Übergriffen der Sicherheitskräfte), „Neues Forum", „Neues Forum jetzt erst recht", „Neues Forum zulassen", „Nie wieder China", „Schließt Euch an" (zu Passanten).

Sicherheitskräfte versuchen die Demonstration gewaltsam (Diensthunde, Wasserwerfer) aufzulösen. 20 Personen werden vorläufig festgenommen. 4 Personen bleiben in Untersuchungshaft, 11 erhalten Ordnungsstrafen. Mindestens 3 Demonstranten kommen mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus. Entgegen dieser Vorgänge meldet die

Koordinierungsgruppe Fürbittandachten für die Inhaftierten des Neuen Forum Leipzig in der Markuskirchgemeinde aus Unkenntnis ein friedliches Ende der Demonstrationen nach Ostberlin. Daraufhin kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen der Informationsgruppe in der Lukaskirchgemeinde (Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitsgruppe Menschenrechte, Initiative Frieden und Menschenrechte) und der Koordinierungsgruppe Fürbittandachten für die Inhaftierten in der Markuskirchgemeinde um die Initiativgruppe Leben und das Neue Forum. In einem Abstimmungsgespräch wird vereinbart, daß die Koordinierungsgruppe Fürbittandachten für die Inhaftierten in der Markuskirchgemeinde künftig die Organisation der täglichen Fürbittandachten für die Inhaftierten weiter übernimmt sowie die konkreten Informationen über die namentlich bekannten Inhaftierten weitergibt und die Informationsgruppe in der Lukaskirchgemeinde wegen ihrer besseren logistischen Möglichkeiten weiter die Informationsübermittlung über Demonstrationen und die überörtliche Solidaritätskampagne fortführt. Nach der Freilassung der Inhaftierten am 13. Oktober stellte die Koordinierungsgruppe Fürbittandachten für die Inhaftierten in der Markusgemeinde ihre diesbezügliche Arbeit ein und wird zum Büro des Neuen Forum. Die Informationsgruppe in der Lukaskirchgemeinde arbeitet bis zum 30. Oktober weiter, weil westliche Journalisten nicht zur Berichterstattung über die Demonstrationen nach Leipzig reisen dürfen. Die Sicherheitskräfte versuchen dabei vor allem, die Herstellung von Bildern durch die Koordinierungsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit mit der Arbeitsgruppe Menschenrechte zu unterbinden. So befinden sich unter den vorläufig Festgenommenen auch immer wieder ihre Photographen, wie am 2. Oktober Johannes Fischer. Er gehörte zusammen mit u.a. Oliver Kloß, Silke Krasulsky, Steffen Kühhirt, Susann Labitzke, Andreas Ludwig, Christoph Motzer, Dietmar Motzer, Rainer Müller, Bernd Oehler, Martin Plötze, Frank Richter, Wolfgang Sarstedt, Heiko Schulz, Susann Tepper und Michaela Ziegs der gemeinsamen Dokumentations- und Beobachtungsgruppe der Koordinierungsgruppe der Arbeitsgruppe Menschenrechte mit dem Arbeitskreis Gerechtigkeit während der Demonstrationen im Herbst 1989 an. Sie wurde u.a. von Johannes Beleites, Brigitte Moritz (Arbeitsgruppe Friedensdienst), Roland Quester (Arbeitsgruppe Umweltschutz) sowie Till Böttcher und Siegbert Schefke von der Ostberliner Umweltbibliothek unterstützt. Der Informationsgruppe, welche die eingehenden Informationen auswertete und den Telephondienst versah, gehörten Rainer Müller, Thomas Rudolph und Kathrin Walther vom Arbeitskreis Gerechtigkeit sowie Christoph Wonneberger an. Johannes Fischer von der Arbeitsgruppe Menschenrechte legte gegen seine „Zuführung" am 9. Oktober >>**Beschwerde**<< beim Volkspolizeikreisamt Leipzig ein:

„Gegen die im Zusammenhang mit einer Zuführung am 02. 10. 1989 erfahrene Behandlung lege ich hiermit Beschwerde ein und fordere Schadenersatz für die beschädigten Sachen. A) Behandlung: Die Zuführung, die nur als brutale „Zuschleifung" bezeichnet werden kann, geschah unter Schlägen und Tritten sowie üblen Beschimpfungen seitens der uniformierten Sicherheitskräfte, obwohl ich keinerlei aktiven Widerstand leistete. Mir wurde mein Photoapparat während der „Zuführung" derart weggerissen, daß der Trageriemen erstens mittendurch und zweitens von der Tasche abriß. Aufgrund der Art und Weise der „Zuführung" wurden meine Hose am rechten Knie und linken Bein sowie mein rechter Schuh und der linke Ärmel meines Oberhemdes zerrissen. Ich bekam Schürfwunden am rechten Knie. Die Nacht mußte in einem ca. 22 m langen Kellergang verbracht werden, der an beiden Seiten vergittert war. Wir wurden bei konsequentem Sprechverbot an die Wand gestellt. Erst im Laufe der Nacht wurde uns das Hinlegen auf dem blanken Steinfußboden gestattet. Die Sanitärzelle war verdreckt und befand sich in einem unmöglichen hygienischen Zustand. Versorgt wurden wir mit je einer kalten Bockwurst und Brötchen, ca. 23.30 Uhr und 9.30 Uhr. Auf die Frage nach Tee oder einem anderen Getränk am Dienstagvormittag bekamen wir zur Antwort: „Wir sind doch hier kein Interhotel". Die Mehrzahl der Personen im Kellergang war zu diesem Zeitpunkt bereits über 15 Stunden zugeführt. B) Schadenersatz: Phototasche 35,- M; Oberhemd 50,- M; Hose 150,- M; Knöchelturnschuhe 150,- M; Verdienstausfall 40,- M; Gesamt: 425,- M. Da sich die Abteilung Kriminalpolizei bei meiner Entlassung weigerte, mir eine Bescheinigung über den Aufenthalt in ihrem Keller auszustellen, erhalte ich von meinem Betrieb keine Verdienstausfallbescheinigung. Die Summe von 40,- M ist ein von mir errechneter durchschnittlicher Tagesverdienst auf der Grundlage des Lohnstreifens (Gehaltsbescheinigung) des Monats September. Da ich weder Ordnungsstrafe noch Strafbefehl o. ä. erhalten habe, muß ich diese „Zuführung" als ungerechtfertigt ansehen. Unabhängig davon erwarte ich eine Entschuldigung für die erlebte Behandlung und die Ersetzung des mir entstandenen materiellen Schadens.

Sollte dies nicht erfolgen, behalte ich es mir vor, wegen Verletzung des Artikels 30 der Verfassung der DDR vom 06. 04. 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 07. 10. 1974 und des § 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei - VP-Gesetz - vom 11. 06. 1968 weitere Schritte einzuleiten."

Von den Machthabern wird die Gewaltanwendung beim mehrfachen Versuch der Auflösung der Demonstration jedoch den Demonstranten selbst zugeschoben. Die Junge Welt berichtet noch am 10. Oktober darüber entstellend:

„...Dann wird marschiert. Geschrien. Diejenigen, die eben noch für Umweltschutz plädierten, zertrampeln Leipzigs Grün. Wie der Stier aufs rote Tuch wird immer die Richtung anvisiert, in der noch Polizisten stehen, die versuchen zu ermöglichen, daß Straßenbahnen und Autos fahren können. Ein Genosse der Kampfgruppen fragt leise, besorgt: „Wie werden meine Kinder bloß von der Sportschule nach Hause finden?" Etwa sechs junge Leute gehen eingehakt vornweg. Ein Mädel und ein Junge mit Fahrrädern folgen. Ein junger Kerl dirigiert die Menge mit „langsamer" oder „schneller". Wieder werden Sprechchöre angezettelt. Ein junger Mann im blauen Pullover mit Rucksack, an dem ein Riesen-Mercedes-Stern baumelt, gibt den Rhythmus vor. Nur einmal hat man den Eindruck, hier gehe es friedlich zu - als man die Aufforderung der Rädelsführer befolgte, sich auf die Straße zu setzen. Nur dauerte das eben bloß Sekunden. Rufe „Weg mit den Kommunisten" sind nicht zu hören. Statt dessen trampelt man sie nieder - unter dem Gesang der Internationale fliegen grüne Schirmmützen über den Asphalt. Unsere Genossen müssen sich übel beschimpfen lassen. Für Tritte und Faustschläge, die sie selber einstecken mußten. Verletzte Demonstranten bleiben liegen. Von den eigenen Leuten an die Polizeiketten und an Wände gedrängt und schließlich über den Haufen getrampelt. Einer wird von der Schnellen Medizinischen Hilfe abgeholt. Er trägt eine Prothese, die nun hinüber ist. (Wir erinnern uns - man muß sich stärker um Behinderte kümmern ...!) Immer weiter wird provoziert. Ein Mann in Lederjacke, kurzes Haar und Nickelbrille,

schreit und rempelt noch Polizisten an. Offensichtlich legen es einige darauf an, daß die Polizei reagiert. Mit westmedienwirksamen Verhaftungen beispielsweise. Dadurch soll für das eigene Tun Verständnis bei den Schaulustigen geweckt werden. Und wieder Rufe „Schließt euch an!" Angehörige der Volkspolizei werden immer weiter von der Menge getrieben. Die Genossen müssen sich wieder und wieder neu und immer weiter hinten formieren. Ja, so ist es gewesen. Auch wenn die Westjournaille, wie in solchen Fällen üblich, Täter zu Opfern macht. ..."

Fürbitt- und Informationsveranstaltungen finden an diesem Tag u.a. in Magdeburg, Schwerin und Stralsund statt.

Am Morgen des **3. Oktober** veröffentlicht kurz nach 10 Uhr die Deutsche Presseagentur die ersten Photos von den Massenprotesten in Leipzig, die ab jetzt zusätzlich zu den sofortigen Agenturmeldungen über jede Demonstration um die Welt gehen. Ab der Demonstration am 9. Oktober gelingt auch regelmäßig die Aufnahme von Amateurvideos für westliche Fernsehstationen. Ein Wurzener Demonstrant, der bereits vor dem 9. Oktober an den Demonstrationen beteiligt war, schrieb später zur Rolle der Medien in sein Tagebuch:

„Eine unblutige Revolution wird mit Videokameras als Waffe geführt. Gott sei Dank, durch die ... Medien ist Großgewalt in Leipzig verhindert worden. Öffentlichkeit ist der Feind jeder Diktatur. Die Medien haben das Feuer in Leipzig noch angefacht. Abends erscheinen wir in der Kamera. Das war wichtig. Das war ein Kampf durch die Medien."

Die am Morgen veröffentlichten Photos wurden auch in den Abendnachrichten der ARD am 2. Oktober gezeigt. Sie sind jedoch noch von der Demonstration am 25. September, da die am 2. Oktober belichteten Filme gerade erst in Ostberlin angekommen und noch nicht in Westberlin entwickelt worden waren. Diese ersten gesendeten Aufnahmen hatte Johannes Beleites für die Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte in der Lukaskirchgemeinde bzw. die Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig gemacht. Während der Demonstrationen vom 25. September, 2., 7. und 9. Oktober 1989 machten zivile Sicherheitskräfte regelrecht Jagd auf die Dokumentaristen der Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte, weswegen es jeweils nur wenigen gelang mit den Bildern und den Kameras heil in die Lukaskirchgemeinde zurückzukommen. Am Schmuggel des Photo- und Filmmateriales nach Ostberlin beteiligten sich neben eigenen Mitarbeitern der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig auch in Ostberlin akkreditierte Journalisten und ihre technischen Mitarbeiter, die teilweise illegal, d.h. ohne entsprechende Abmeldung, den Kurieren entgegenreisten oder es am nächsten Tag in der Lukaskirchgemeinde selbst abholten sowie direkt eingereiste Journalisten westlicher Staaten.

Für den Militärbezirk III, die Südbezirke, und weitere Einheiten, wie das Transporthubschraubergeschwader 34, wird die erhöhte Gefechtsbereitschaft und damit eine weitere Umstrukturierung hin zu „verdecktem Kriegsrecht" angewiesen. Die DDR hebt den visafreien Reiseverkehr in die CSSR auf. In Dresden kommt es mit der Einstellung des Reiseverkehres in die CSSR zu täglichen Protesten und Demonstrationen, die von Sicherheitskräften mit äußerster Gewalt aufgelöst werden. Sie dauern bis zum 8. Oktober an. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bürgerrechtsgruppen Initiative Demokratische Erneuerung - IDeE und Wolfspelz beteiligen sich aktiv an den Demonstrationen und versuchen Informationen zu sammeln und an die Informationsgruppe in der Leipziger Lukaskirchgemeinde zu übermitteln. Einige von ihnen werden dabei inhaftiert und erst Ende Oktober entlassen. Am 3. Oktober versuchen Sicherheitskräfte am Dresdener Hauptbahnhof, sich stauende Ausreiseantragsteller gewaltsam aus dem Bahnhof zu vertreiben. Die meisten von ihnen hatten versucht, noch in die CSSR zu reisen und warten jetzt auf die Züge mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag, in der Hoffnung, noch mitfahren zu können. Daraus entwickelt sich eine Demonstration von 5 000 Personen. 74 von ihnen werden vorläufig festgenommen. In Görlitz werden 37 und in Bad Schandau und Schmilka 128 Personen vorläufig festgenommen. Die ungarische Oppositionsgruppe FIDESZ übergibt in der Lukaskirchgemeinde der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig eine Erklärung zur Aufnahme offizieller Kontakte zum Neuen Forum und der Initiative Frieden und Menschenrechte. Sie war mit Catrin Ulbricht von der Initiative Demokratische Erneuerung - IDeE (Dresden), die für den Sonnabendskreis die Kontakte zur ungarischen Opposition hielt, besprochen worden:

„Es stößt bei uns in Ungarn auf größtes Unverständnis, daß die eigenständigen Gruppen oder Organisationen in der DDR immer noch nicht offiziell anerkannt sind und mit Diffamierungen und Repressalien zu rechnen haben. Deshalb fordern wir die sofortige Freilassung aller wegen ihrer politischen Überzeugungen und Tätigkeiten Inhaftierten. Ebenfalls ist es für uns absurd, daß die Regierung der DDR die Notwendigkeit anderer politischer Bewegungen und politischer Reform überhaupt leugnet. Die zehntausenden über Ungarn auswandernden Bürger der DDR, die an ihrem reformunwilligen Staat ihre Lebensperspektiven und Hoffnungen verloren haben, sind eine der handgreiflichen Beweise für die Dringlichkeit von Veränderungen in der DDR. Wir hoffen, daß die überraschend selbstkritisch klingenden Worte des Vorsitzenden der LDPD und Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates der DDR ein erstes Anzeichen für die Profilierung von Eigenständigkeit der in der Nationalen Front vereinten Blockparteien darstellen und dies von der SED nicht gehemmt, sondern als Chance angesehen wird, in dem bestehenden politischen System demokratischer zu werden. ... Die SED kann nur dann eine fortschrittliche Rolle in der Politik wieder erlangen, wenn sie sich diesem Dialog öffnet. Falls sich die SED aber den in vielen osteuropäischen Ländern vollziehenden Entwicklungen - hin zu mehr Demokratie - entzieht, würde sich die Isolation der DDR im Ostblock vertiefen. Weil wir der Meinung sind, daß eine Demokratisierung im „gemeinsamen Haus Europa" nur dann gelingen kann, wenn sie in jedem einzelnen Land zugelassen wird, haben wir die zwischenorganisationellen Kontakte mit dem „Neuen Forum" und der „Initiative Frieden und Menschenrechte" aufgenommen, werden diese weiterentwickeln und die Arbeit dieser Organisationen unterstützen."

In Ostberlin verfassen am **4. Oktober** Vertreter von Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, der Sozialdemokratischen Partei, Neuem Forum und Demokratischem Aufbruch eine Erklärung mit der Forderung nach Wahlen unter UNO-Aufsicht und Freilassung der Inhaftierten. In der Ostberliner Gethsemanekirche beginnt neben der bestehenden Mahnwache eine Fastenaktion gegen die Inhaftierungen, gegen die Medienpolitik und für Solidarität.

(Hg.) IFM-Archiv Sachsen e.V. Anschrift: 04177 Leipzig, Jahnallee 69. Telefon 0341 - 4 01 17 45, Fax: 0341 - 4 80 72 07. Spendenkonto: 35 02 100 Bank für Sozialwirtschaft Leipzig (BLZ 860 205 00).